Humanforschung : Rückblick auf die BSA-Tagung in Champex

Autor(en): **Füeg, Franz / Lüscher, Kurt / Steiner, P.**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Das Werk : Architektur und Kunst = L'oeuvre : architecture et art**

Band (Jahr): **55 (1968)**

Heft 5: **Forschungsbauten - Studentenheime - Vervielfältigte Kunst**

PDF erstellt am: **19.03.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-42914

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Humanforschung

Rückblick auf die BSA-Tagung in Champex

In seinem Bestreben, zur Bauforschung beizutragen und gleichzeitig diesen Begriff zu erweitern und zu bereichern, hatte der BSA im vergangenen Jahr seine 60. Generalversammlung unter das Thema «Humanforschung» gestellt. Wir haben im Heft 7/1967, Seite 439, über die Diskussion berichtet. Im folgenden veröffentlichen wir drei nachträglich niedergeschriebene Texte zu dieser Tagung. Hinzuzufügen ist, daß der Vortrag von Dr. W. Vogt: «Der Beitrag der Soziologie zur Bau- und Siedlungsplanung», in der Zeitschrift «Bauen+Wohnen» Nr. 11/1967 erschienen ist, so daß wir auf diese Publikation hinweisen können. Die Arbeiten des BSA zur Humanforschung sollen fortgesetzt werden; Leiter dieser Arbeitsgruppe ist Architekt Franz Füeg, Solothurn.

Humanforschung

Der BSA hat 1959 in Stansstad beschlossen, eine Zentralstelle für Baurationalisierung zu schaffen. In Bern und auf dem Gurten referierten 1965 Naturwissenschafter über ihre Arbeitsweise, und die Versammlung beschloß, Arbeitsgruppen zu schaffen, damit sich der BSA wichtiger Aufgaben annehmen kann, die der Einzelne allein nicht lösen kann.

Die Arbeiten dieser Instanzen zeigen, daß ein immenser Aufwand geleistet werden muß, um auch nur zu wenigen fruchtbaren Resultaten zu kommen. Diese Schwierigkeit darf nicht entmutigen; sie beweist vielmehr, wie notwendig die Arbeiten sind. Auf dem Gurten wurde gesagt: Die Natur, und nicht nur die Natur, mit der sich der Wissenschafter auseinandersetzt, sondern im gleichen Maße diejenigen, die den Architekten beschäftigt, ist unerbittlich und heimtückisch. Heimtückisch so lange, als wir von ihr keine ausreichende Kenntnis haben und der Sinn für die Dinge, die unseren Entscheidungen zugrunde liegen, nicht weiter als bis zu einer bloßen Ahnung ausgebildet ist.

Die Institutionen, die der BSA mit der Zentralstelle für Baurationalisierung und den Arbeitsgruppen ins Leben gerufen hat, arbeiten auf den Gebieten der Raumplanung und der Bautechnik. Bisher fehlt das gewaltige Feld, das wir das Feld des Humanen nennen wollen. Natürlich ist es bei den Orts- und Landesplanungsaufgaben mit inbegriffen, und ebenso ist es in allem enthalten, was mit Bautechnik zu tun hat. Es ist in allem selbstverständlich inbegriffen, aber mit ebensolcher Selbstverständlichkeit hat man es als etwas Gegebenes hingenommen, trotzdem wir schon lange wissen, daß es nicht mehr «gegeben» ist oder dieses Gegebene in manchem fragwürdig geworden ist und die Arbeit der Planer, Architekten und Ingenieure fragwürdig macht.

Als man die Soziologen rief, war es wie ein Ruf mitten auf der Hochtour, aus schwindelnder Höhe, nach Kletterseil und Sicherungshaken. Wenige Soziologen fanden sich ein, aber die Sicherungsmittel konnten sie nicht beschaffen. Ebenso ging der Ruf an die Mediziner in der Erwartung, daß sie etwas über den Menschen in der gebauten Umwelt auszusagen haben und ihr Wissen die Planung positiv beeinflußt. Bald mußte erkannt werden, daß erst wenige auf dem Forschungsgebiet der gebauten Umwelt arbeiten, daß eine systematische Forschungsarbeit noch kaum geleistet war und daß weder Soziologen noch Mediziner noch Psychologen mehr geben konnten als einige allgemeine Hinweise. Inzwischen haben sich die Verhältnisse in der Soziologie etwas geändert; bei den Medizinern aber, von den Physiologen vielleicht abgesehen, sind noch kaum mehr als einige wenige und zufällige Erfahrungen gesammelt. Biologen, Klimatologen und Forscher auf dem Gebiet der angewandten Geographie hätten sicher ebenso vieles beizutragen, aber wir wagen nicht zu hoffen, daß sie uns in der nächsten Zeit schon ausreichende Unterlagen geben können.

Seit einigen Jahren sind Gespräche besonders zwischen Planern, Architekten und Soziologen im Gang. Diese Gespräche zeigten sogleich die Schwierigkeit des Gespräches, die Schwierigkeit vor allem der Architekten, die echten Probleme zu erkennen und zu formulieren, die Fragen so zu stellen, daß sie für die Soziologen die Grundlage der Problemstellung für seine Forschungsarbeit abgeben. Heute kann man sagen: Man weiß, wie ein Gespräch nicht zustande kommt; man weiß, daß die Sprache von Architekt und Soziologe nicht dieselbe ist; man weiß, daß der Soziologe auf die Frage, wie der Architekt seine Lösung zu konzipieren hat, keine direkte Antwort geben kann. Man weiß aber auch, daß sich immer noch zu wenig Soziologen der Fragen der Umweltgestaltung durch die Bauleute annehmen.

Die Ortsgruppe Bern bereitet mit dem Soziologischen Institut der Universität Bern ein Seminar für Architekten vor, in dem die Zusammenarbeit praktisch geschult werden soll. Wir hoffen, dabei auch den Präventivmediziner und Physiologen miteinzubeziehen. Diese Vorbereitungsarbeit hat die Ortsgruppe Bern ermutigt, das Tagungsthema «Humanforschung» vorzuschlagen.

Welches ist das Ziel der Referate und Diskussionen? Was darf von ihnen erwartet werden, und was darf man nicht erwarten?

Die Referenten haben Beispiele aus ihrer Arbeit gewählt, nicht um über ihre Arbeit an sich zu berichten, sondern um anhand dieser Arbeiten allgemeine Hinweise über die Zusammenarbeit zwischen Planern, Architekten und Forschern, die Programmierung der Aufgabenstellung und die Folgerungen zu geben, die der Planende aus den Arbeitsresultaten des Soziologen und Mediziners ziehen darf. Das eigentliche Thema ist somit nicht die Humanforschung, sondern die Schulung der interdisziplinären Zusammenarbeit der Architekten mit Humanforschern.

Die Forscher sind auf den Planer und seine echten Fragen angewiesen. Max Schlup wird in der Diskussion stellvertretend für die Architekten formulieren, was diese von den Humanforschern erwartet und was die Architekten an Fragen bewegt; Fragen, über die wir beinahe täglich entscheiden müssen, ohne daß wir sie beantworten, ja nicht einmal klar formulieren können, so daß mancher Entscheid mehr nach Gefühl oder zurechtgemachter Ideologie als aus der Einsicht in die Sache gefällt wird.

So umschließt denn das Ziel der Tagung drei Themen:

1. Die Architekten versuchen, einen Fragenkreis zu skizzieren, auf den sie aus dem Feld des Humanen eine Antwort erwarten.
2. Die Präventivmediziner und Soziologen orientieren über ihr Forschungsgebiet und den Bereich, von dem sie erwarten, daß sie den Architekten eine Antwort geben können.
3. Die Referate und Diskussionen möchten zeigen, welches die Methoden der Zusammenarbeit sind und welches die Voraussetzungen sind, unter denen ein gemeinsames Gespräch stattfinden kann.

Die Zielsetzung ist also bescheiden. Sie ist nicht viel mehr als ein Ausgangspunkt für die Zukunft.

Von einer Humanforschung im Bereich der gebauten Umwelt kann erst gesprochen werden, wenn mehr Forscher aller zuständigen Disziplinen sich diesem immensen Forschungsgebiet zuwenden. Daher wurden außer den Referenten weitere Soziologen und Mediziner nach Champex eingeladen. Wir dürfen von ihnen einen Beitrag in der Diskussion erwarten; wesentlich ist für uns die Gewißheit, daß sie sich, vom Thema so angeregt, ihm zu Hause vermehrt widmen und daß sie andere Forscher dafür gewinnen.

Das Seminar, wie es an der Universität Bern durchgeführt wird, soll vor allem auch eine Übung der interdisziplinären Auseinandersetzung sein, die auch anderswo mit Planern, Architekten und Forschern systematisch gepflegt werden müßte.

Die Ortsgruppe Bern schlägt vor, daß der BSA einer Arbeitsgruppe den Auftrag erteilt,
1. festzustellen, wie die Humanforschung im Bereich der gebauten Umwelt gefördert und erweitert werden kann,
2. das Projekt für eine Zentralstelle für angewandte Humanforschung auszuarbeiten.
Die Zentralstelle hätte unter anderem die Aufgaben,
- die Querverbindungen mit den verschiedenen Disziplinen, Institutionen sowie den Organen der Raumplanung und des Bauwesens zu schaffen;
- Forschungsprogramme anzuregen, zu programmieren und zu koordinieren;
- eine Dokumentations- und Informationsstelle zu schaffen.

Vielleicht sind wir nach der heutigen Tagung so weit gekommen, daß nicht mehr das Schlagwort von der «menschlichen Architektur» verwendet wird, das bisher dazu dient, Architekturauffassungen zu rechtfertigen, sondern versucht wird, mit kritischer Zurückhaltung zu erfahren, was das eigentlich ist, was man «menschlich» nennt.

Franz Füeg

Rückblick auf die BSA-Jahresversammlung in Champex

Im Laufe der Panel-Diskussion und in anschließenden privaten Gesprächen fiel mehrmals der Hinweis auf die Schwierigkeiten gegenseitigen Verstehens. Nun ist es selbstverständlich, daß Architekten, Mediziner und Sozialwissenschafter verschiedene Sprachen sprechen und es bisweilen besonderer Anstrengungen bedarf, um sich gegenseitig zu verständigen. Einige Umstände haben die Kommunikation an der Jahresversammlung in besonderem Maße erschwert. Zum ersten waren die anwesenden Architekten sehr unterschiedlich mit der Perspektive der Sozialwissenschafter vertraut: Bei einigen bestand die bekannte und in unserem Land verbreitete Skepsis gegenüber den Sozialwissenschaften als jungen Disziplinen und überhaupt; umgekehrt ließen andere durchblicken, daß die Kenntnis der grundlegenden Werke der Siedlungssoziologie vorausgesetzt werden dürfe. Die Sozialwissenschafter ihrerseits waren teils mehr allgemein, teils mehr angewandt interessiert; sie kannten einander aber fast alle und hatten sich so über eine Diskussionsstrategie einig werden können.
Man wird mit derartigen Divergenzen an Tagungen immer rechnen müssen. Sie sind darum nicht zu überschätzen. Viel schwerwiegender – allerdings nicht völlig unabhängig von der Tatsache der geringen gegenseitigen Informiertheit – war, daß die Erwartungen in bezug auf die Gebiete der Zusammenarbeit der einladenden Architekten wenig klar umschrieben blieben. Zwei Bereiche kristallisierten sich heraus. Zum ersten erscheint die Mitarbeit der Sozialwissenschafter bei der Lösung der modernen Bau- und insbesondere Planungsaufgaben wünschenswert, sogar notwendig. Das ist der primäre Anlaß zum Versuch der Zusammenarbeit. Nun ist sie aber letztlich nicht möglich, ohne den Beruf des Architekten neu zu durchdenken: Wenn der Architekt bei der Lösung seiner Aufgabe neue Fachleute beiziehen muß, so verändert sich seine berufliche Position. Solche Veränderungen sind aber nicht nur durch den Beizug der Sozialwissenschafter im Gang, sondern werden durch eine Vielzahl von Faktoren bewirkt. Der Beruf des Architekten ist in einer Phase ausgeprägten Wandels. (Nicht nur der Beruf des Architekten, nota bene!) Und da der Sozialwissenschafter, vorab der Soziologe, sich seit jeher mit Themen wie Arbeitsteilung, Beruf, Arbeit und Wandel beschäftigt, ergibt sich das Gespräch über den Beruf des Architekten als zweites Gesprächsthema. Das war auch in Champex – und an früheren BSA-Tagungen – der Fall.
Hier zeigt sich eine weitere Schwierigkeit, zunächst wiederum erfaßbar als Kommunikationsproblem. Der Architekt ist gewohnt, mit den Mitarbeitern, die traditionellerweise mit ihm zusammenarbeiten, im Stile der Technik vorzugehen. Er ist entweder Vorgesetzter und stellt die Aufgabe, skizziert die Lösung und verlangt die entsprechende Ausführung. Oder er erhält für ein bestimmtes Problem vom Partner eine Lösung. Natürlich kommt es zu Wechselwirkungen. Aber kaum jemand stellt die Orientierungen des Architekten grundsätzlich in Frage, wie es der Soziologe tun muß, wenn der Beruf des Architekten in einer Zeit des Wandels Gesprächsthema wird. Am ehesten ist der Soziologe in dieser Hinsicht mit dem Auftraggeber zu vergleichen; aber der Soziologe verfügt nicht über dessen Macht. Er muß an ihrer Stelle teilweise komplexe und nicht immer einfach nachvollziehbare intellektuelle Erwägungen anstellen und versuchen, durch Rationalität zu überzeugen. Diese Aufgabe wird zusätzlich dadurch erschwert, daß der Soziologe keineswegs über fertige Lösungen verfügt. Seine Erwägungen zum Beruf des Architekten wie zum Thema der Planung entstammen einer Theorie und einer Forschungspraxis, die ihrerseits in vielen Bereichen noch bescheiden sind und sich wandeln.
Die Zusammenarbeit Architekt–Sozialwissenschafter erweist sich, das zeigten die Gespräche von Champex, als wesentlich schwieriger als vorgestellt. Das heißt nicht, sie sei unmöglich. Sie wird vermehrt versucht werden müssen, und je rascher, intensiver und offener sie in Gang kommt, desto besser werden die Resultate sein. Der Rahmen sollte indessen nicht überspannt werden, und hiebei ist eine weitere Erfahrung von Champex zu verwerten. Ziel der Gesprächsrunde war die Etablierung einer «Humanforschung». Darum wurden neben den Sozialwissenschaftern auch Mediziner beigezogen. Damit wurde auch die Problematik des Verhältnisses zwischen Medizin und Sozialwissenschaften miteinbezogen. Es ist durchaus möglich, daß sich diese beiden Disziplinen bei der Mitwirkung an architektonischen Aufgaben treffen können. Aber die Vertreter der beiden Disziplinen müssen auch zu Gesprächen zusammenkommen, welche der angewandten Arbeit vorausgehen, denn es liegen teilweise fundamental entgegengesetzte Orientierungen vor. Werden diese grundsätzlichen Aspekte übersehen, so ist die Sprachenverwirrung im Angewandten um so größer.
Konkret wird dies Anliegen der Tagung von Champex gleichzeitig auf verschiedene Weise weiterverfolgt werden müssen. Einige Sozialwissenschafter werden – möglichst häufiger als bis anhin – mit Architekten praktische Aufgaben anpacken. Darüber hinaus werden sich alle Beteiligten mit Vorteil zu grundsätzlichen Gesprächen treffen, welche in künftigen Tagungen ohne Zweifel eine substantiellere Orientierung des Plenums ermöglichen. Entsprechende Bestrebungen sind im Gang; aber wir müssen uns im klaren sein, daß wir damit gegenüber der Dringlichkeit der Probleme im Verzug sind. Das darf uns aber nicht zu oberflächlicher Arbeit verleiten; wir brauchen darum auch in unserer Zeit den Mut zum Grundsätzlichen.

Kurt Lüscher

Präventivmedizinische Überlegungen zur Siedlungsplanung (Lufthygiene und Lärm)

Überblickt man die Verhältnisse in einer großen Schweizer Stadt wie Basel, so kann man feststellen, daß Verkehr und Hausbrand in erster Linie für die Luftverschmutzung verantwortlich sind. Die chemische Industrie fällt weniger durch Staub und Rauchgase lästig als vielmehr durch unangenehme Gerüche. Die subjektive Belästigung ist kein Maß für die gesundheitliche Beeinträchtigung.
Die starke Verbreitung der Ölheizung – vor allem auch im Einfamilienhaus und damit im Wohnquartier – trägt zu sehr erheblichen Emissionen an Schwefeldioxyd, Ruß und unvollständig verbrannten Kohlenwasserstoffen bei; unter letzteren findet sich auch das krebserzeugende 3,4-Benzpyren. Infolge der Ver-

wendung von Heizöl zur Warmwassererzeugung beschränken sich die Emissionen keineswegs auf die übliche «Heizperiode». Block- und Fernheizung sind für die Reinhaltung der Atmosphäre viel günstiger als die individuelle Zentral- oder Ofenheizung. Die häufigen, aber kurzdauernden Betriebsstöße der Einzelheizung tragen wesentlich zur unvollständigen Verbrennung bei. Der Unterhalt der Heizanlagen ist – trotz gegenteiligen Beteuerungen sogenannter Servicefirmen – sehr häufig mangelhaft. Der durchschnittlich ungenügende Betriebszustand privater Raumheizungen ist bei verschiedenen Reihenuntersuchungen der Rauchgase bestätigt worden. Blockheizung und Fernheizwerk arbeiten unter konstanten Betriebsbedingungen. Überdies werden die Rauchgase solcher Großheizwerke, die an und für sich schon einen geringeren Anteil unverbrannter Stoffe enthalten und vorwiegend aus Kohlendioxyd und Schwefeldioxyd bestehen, durch Hochkamine in höhere Luftschichten abgeführt, besser verdünnt und vom Siedlungsgebiet fortgetragen.

Der zunehmende Motorfahrzeugverkehr bringt nicht nur Probleme der Lufthygiene, sondern auch der Lärmbekämpfung. Wie die kleindimensionale Einzelheizung, so stößt auch das einzelne Motorfahrzeug Abgase aus, die zum Teil unvollständig oxydierte und biologisch aktive Stoffe enthalten. Neben dem giftigen Kohlenmonoxyd, den schleimhautreizenden Nitrosengasen finden sich ebenfalls unvollständig verbrannte Kohlenwasserstoffe, darunter auch kanzerogene. Die Gefahr einer chronischen Bleivergiftung durch Benzinabgase scheint auf Grund von Untersuchungen in Basel bei der heutigen Motorfahrzeugdichte nicht vorhanden zu sein. Da die konstante Beanspruchung des Explosionsmotors im Gegensatz zum Go-and-Stop-Verkehr die Verbrennungsvorgänge günstig beeinflußt, muß der Planer nach einer flüssigen Verkehrsführung trachten. Diese wirkt sich gleichzeitig aber auch ganz wesentlich auf den Umfang des Verkehrslärms günstig aus. Stoppstraßen verbessern die Verkehrssicherheit, verschlechtern aber die Luft und vermehren den Lärm. Breite, kreuzungsfreie Expreßstraßen ziehen den Verkehr quantitativ an sich. Damit erhöht sich wohl der Lärmpegel; jedoch fallen die Lärmspitzen, wie sie durch Bremsen und Beschleunigen erzeugt werden, weg. Ein konstanter Geräuschpegel wird vom Menschen weniger unangenehm und weniger störend empfunden als häufige Änderung der Intensität und Qualität (Schallfrequenz). Die Verkehrsader wird – im Gegensatz zur städtischen Gasse und zur Straßenschlucht – großzügig angelegt, und damit erhält sie zwangsläufig wesentlich bessere Durchlüftungsverhältnisse durch die Windströmung. Durch ein erhöhtes Verkehrsvolumen erzeugter Staub und eventuell vermehrte Abgase werden rasch verdünnt und abgeführt. Die Zusammenfassung des Verkehrs bringt überdies dem Fußgänger in seinem eigenen Bereich weniger Bewegungsunruhe vor Augen. Die Reduktion unangenehmer Geruchsempfindungen, die Minderung der akustischen Belästigung wird überdies begleitet von einer Herabsetzung der optischen Eindrücke. Der Streß des täglichen Lebens wird vermindert.

Zweifellos wird der Städteplaner in Zukunft seine Aufmerksamkeit nicht nur auf die Schaffung eigentlicher Fußgängerbereiche – sei es in der City, sei es im randständigen Erholungsgebiet – richten, sondern auch den Durchgangsverkehr von Wohn- und Arbeitszonen fernhalten. Er wird ihn im Interesse von Lufthygiene und Lärmbekämpfung in großzügigen, kreuzungsfreien Verkehrsanlagen zusammenfassen.

Um die Belästigung durch die Industrie auf dem Gebiet der Luftverschmutzung wie des Lärms in zumutbaren Grenzen zu halten, werden schon bei der Standortwahl die meteorologischen und topographischen Verhältnisse, das heißt das Mikroklima, mit den spezifisch technischen Bedingungen des künftigen Fabrikationsbetriebes in Beziehung gebracht werden müssen. Von jeder Industrie muß und kann heute auf Grund des eidgenössischen Arbeitsgesetzes die Vermeidung von Umgebungsbelästigungen verlangt werden. Technische Einrichtungen zur Verhinderung der Luftverschmutzung müssen nicht nur eingebaut, sondern auch betrieben werden. Die laufende Registrierung meteorologischer Daten und regelmäßige Luftanalysen in verschiedenen Quartieren der Stadt und in der weiteren Umgebung, auch in verschiedenen Höhenlagen, haben für Basel wertvolle Hinweise für die langfristige Planung sowohl wie für die Entdeckung gegenwärtiger Immissionsquellen erbracht. Wir sind der Meinung, daß die Anwendung städtebaulicher und hygienischer Prinzipien im Einzelfalle auf die natürlichen Gegebenheiten – Meteorologie und Topographie – wie auch auf die zu erwartenden Einflüsse der Technik – Verkehr und Industrie – Rücksicht nehmen muß. Starre Normen beispielsweise für Straßenabstände oder Ausdehnung von Grünzonen führen nicht zum Ziel. P. Steiner

Habitants des grands ensembles: pour une participation

Lors de l'assemblée tenue à Champex, en juin 1967, par la Fédération des Architectes Suisses, j'avais été invité à présenter quelques-uns des problèmes de la cité satellite de Meyrin/Genève. Les problèmes abordés relevaient de deux ordres bien distincts. D'une part, il s'agissait d'exposer les résultats objectifs de quelques enquêtes sociologiques réalisées sous ma direction par un groupe d'étudiants de l'Université de Genève; les résultats ayant été publiés ailleurs[1], il n'est pas utile d'y revenir ici. D'autre part, et fort d'une expérience vécue à Meyrin en qualité de fondateur et président de l'Association des habitants de la ville de Meyrin, j'avais fait part d'un certain nombre d'impressions et de suggestions. Cette deuxième partie de l'exposé de Champex, j'ai eu l'occasion plus récemment de la préciser et de la développer dans le cadre d'un séminaire organisé à Coppet par l'Interassar (Genève), le 1er mars 1968. Ce sont les grandes lignes de ce second exposé qui forment la substance du présent article, auquel j'ai conservé sa forme parlée, en l'allégeant de quelques considérations qui n'ont pas leur place ici.

Une réserve s'impose d'emblée: l'auteur n'est pas un spécialiste de ce genre de question. S'il a été amené à s'y intéresser, c'est moins par sa profession que par sa situation d'habitant d'un grand ensemble. Historien de métier, il a pu tout au plus puiser dans son expérience une méthode d'approche et de réflexion; rien de plus.

Historien, on me permettra de le rester un instant pour préciser au départ la notion, très discutée par les urbanistes, de quartier. Historiquement, et en schématisant beaucoup, le quartier est essentiellement lié à une fonction d'ordre économique au sein de la ville ou de l'agglomération. Autrefois, chaque quartier avait sa destination, parfois même chaque rue. De plus, les gens résidaient là où ils travaillaient. L'industrialisation au siècle dernier n'a pas sensiblement modifié cette situation; faute de moyens de transports, les ouvriers étaient logés en principe à proximité immédiate des fabriques. Plus tard, les quartiers résidentiels de la bonne société s'édifièrent toujours à la périphérie de la ville, dans les régions suburbaines, mais se développèrent spontanément. C'est avant tout cette création spontanée qui distingue le quartier traditionnel des grands ensembles urbains d'aujourd'hui, dont le caractère, en quelque sorte artificiel, se retrouve également dans la transformation d'anciens quartiers, brutalement restructurés. Caractère d'ailleurs qui ne doit pas s'entendre dans un sens péjoratif; il implique simplement une certaine planification, une volonté exprimée par les promoteurs, créateurs ou architectes, mais aussi en définitive par les utilisateurs.

[1] «Meyrin-Genève. Etudes sociologiques», dans *Revue suisse de médecine préventive*, 1966, N° 4.

Il est évident, dans ces conditions, que les problèmes vont se poser d'une manière toute différente dans un cas ou dans l'autre. Le quartier qui s'est développé naturellement crée lui-même plus ou moins spontanément ses prolongements; du moins la communauté est-elle obligée de suivre ce développement, en construisant écoles, églises, commerces et lieux de distraction selon une «grille» assez souple, plus ou moins spontanée elle aussi et conforme aux besoins de la société. En revanche, le complexe urbain voulu artificiellement exige, dès l'élaboration, la mise en place de semblables prolongements de l'habitat.

A partir de cette réflexion, j'articulerai mon propos en trois parties. En premier lieu, la présentation d'un cas particulier de grand ensemble, celui de Meyrin, et de la participation que les habitants ont prise à son aménagement en tant qu'entité sociale. Ensuite, quelques observations tirées de ma propre expérience m'amèneront, en troisième partie, à proposer certaines solutions. Je déboucherai peut-être sur des paradoxes, voire sur quelques utopies. Mais paradoxes et utopies me semblent des éléments de discussion stimulants, quelquefois même éclairants, et c'est dans cet esprit que je les soumettrai.

Du cas de Meyrin, je me bornerai à retenir deux caractères, d'ailleurs étroitement liés, qui sont tout à fait propres à ce grand ensemble et assez saisissants. C'est d'abord la très forte proportion d'étrangers: en gros, un peu plus de la moitié de la population, avec, ce qui est singulier, une ventilation par pays assez large. Il ne s'agit pas surtout d'Espagnols ou d'Italiens – qui sont même en minorité –, mais de Français et d'Allemands qui viennent en tête, suivis des Anglais et des Américains. Une telle situation a pour première conséquence de poser un problème linguistique. Particularité de la cité satellite de Meyrin, qui est peut-être le seul endroit en Europe, à l'exception des grands centres internationaux militaires, où la langue usuelle de la région est minoritaire par rapport aux autres langues. Le français n'est parlé que par 49% de la population contre 51% pour les langues étrangères. Cette situation aura des conséquences sur lesquels nous reviendrons.

La participation des habitants à l'aménagement de Meyrin découle directement des conditions dans lesquelles se sont trouvées les premiers arrivants qui, pendant une année ou une année et demie, ont vécu comme des pionniers, les aménagements les plus élémentaires n'étant pas achevés. Un certain nombre d'entre eux, réunis un peu par le hasard, et pour combler ce vide que beaucoup ressentaient, ont fondé, en mars 1963, une association dans le but de faire naître un climat de solidarité, un certain esprit de communauté, ce que d'aucuns appellent un climat d'«habitabilité sociale». Ils avaient, bien sûr, des buts secondaires, tels que la création d'activités utiles, – par exemple des cours de langue, si nécessaire dans le cas particulier, des cours de couture, de dessin, des centres de loisirs – qui devaient permettre de réaliser cette communauté, cette animation en somme, but fondamental de l'association. Ils entendaient aussi, mais subsidiairement, constituer par leur cohésion, un interlocuteur valable vis-à-vis des régies, de la Commune, de l'Etat, des différentes administrations auxquelles ils étaient soumis.

Je ne m'étendrai pas sur les difficultés innombrables auxquelles ils se sont heurtés, ni sur les succès qu'ils ont pu obtenir, si ce n'est pour mentionner ce que je considère comme l'obstacle principal: celui de trouver, parmi les habitants, des responsables disponibles, des animateurs spontanés, des professionnels ayant tout à la fois le temps et les compétences nécessaires. C'est sans doute dans la société d'aujourd'hui une des choses les plus rares que l'on puisse imaginer.

Telles étaient les conditions à peu près objectives de la situation. J'en viens maintenant aux quelques observations que m'a suggérées l'expérience vécue.

L'habitant d'un grand ensemble qui, en ceci, est dans une situation assez différente de l'habitant du quartier traditionnel, affronte trois pouvoirs vis-à-vis desquels il se sent particulièrement dépourvu. Ce sont, dans l'ordre d'immédiateté, c'est-à-dire dans l'ordre ou l'habitant les ressent plus directement, d'abord le pouvoir immobilier. Sans doute le plus fort, certainement le plus redoutable, peut-être parce que le plus impersonnel. Les régies, surtout pour les grands ensembles, sont en général des organismes importants, des administrations privées mais d'envergure considérable. Les employés auxquels les habitants ont affaire sont évidemment très impersonnels. Je me dois de relever que des efforts remarquables ont été faits pour pallier les inconvénients de cette situation, mais il n'en reste pas moins que le pouvoir immobilier est une des réalités fondamentales que rencontre l'habitant d'un grand ensemble. Il importe par conséquent de tenir compte de cet élément psychologique.

Le deuxième pouvoir, pouvoir politique, est celui de la commune, plus lointainement de l'Etat cantonal. C'est en effet surtout le pouvoir communal qui est sensible dans l'immédiat; d'autant plus sensible pour l'habitant des grands ensembles lorsque ceux-ci sont créés dans une commune de caractère rural ou semi-rural où la population du nouveau complexe se trouve en général nettement sous-représentée dans les autorités communales. Ce fut le cas dans les élections communales de 1963 à Meyrin, et même si, en 1967, cette situation paradoxale fut partiellement corrigée, subsiste encore un état de fait dont il convient, je crois, de tenir compte parce qu'il ne pourra sans doute jamais être entièrement résorbé. Ainsi se pose le problème de l'intégration civique et de la participation électorale d'une population nouvellement implantée. Le problème aussi, sur le plan communal dans une commune devenue mixte, de l'adhésion aux partis politiques, voire de la mise en cause du parti politique dans sa structure traditionnelle et presque institutionnelle.

Le troisième pouvoir enfin, administratif, émane du pouvoir politique – Commune, Etat ou Confédération; il en est distinct néanmoins aux yeux de l'habitant par la spécificité de ses tâches et en général par sa totale dépersonnalisation.

Une autre observation que j'ai pu faire concerne la solidarité née de l'absence, au départ, des prolongements de l'habitat, aménagement et équipement. Cette absence peut se montrer gênante, mais elle apparaît créatrice de solidarité. Elle devient source d'un climat d'habitabilité sociale. A travers cet esprit de pionniers que nous avons vécu, que nous avons ressenti assez profondément, a pu se développer le besoin de l'«autre» et, par conséquent, le contact, l'esprit social. Il y a certainement là un élément capital à retenir lorsque est étudié le problème de la simultanéité ou de la non-simultanéité dans l'aménagement des prolongements de l'habitat.

Je ferai une remarque à propos de la participation des étrangers, qui a été fondamentale et massive dans l'association d'habitants dont je vous ai parlé. Le cas de Meyrin est sans doute particulier, mais il illustre bien un besoin d'intégration en général mal reconnu, qui fut plus profondément ressenti par les étrangers que par les Genevois ou les Confédérés. A Meyrin d'ailleurs, la mobilité des étrangers n'est pas plus forte que celle des Suisses, elle semble même plus faible. Je reviendrai d'ailleurs à ce problème essentiel.

Quatrième remarque: Dans un grand ensemble, cette solidarité est fonction de l'homogénéité sociale de la collectivité. C'est encore un facteur fondamental apparu avec netteté lors des enquêtes que nous avons pu faire. A Meyrin, la population est assez homogène et d'un niveau plutôt élevé, en raison surtout du coût des loyers. Cette cohésion a naturellement facilité les rapports sociaux et créé, dès le départ, un climat favorable. Il m'apparaît dès lors, bien que cette réflexion puisse paraître surprenante, qu'il n'est pas souhaitable de mêler à un ensem-

ble constitué par des immeubles à rendement normal des habitations à loyers modérés du type HLM. Cette affirmation est sans doute contraire à une conception – peut-être idéaliste – de l'organisation de la société. Je crois pourtant que c'est une vue conforme à cette loi humaine de ségrégation sociale que nous subissons tous, que nous le voulions ou non. Si nous considérons les quartiers spontanés évoqués tout à l'heure, il ne fait aucun doute qu'ils se sont eux-mêmes, naturellement et instinctivement, distingués sur le plan social.

Le mélange de différents types sociaux trop marqués ne peut se faire qu'au détriment de la solidarité, donc en définitive à la fois au détriment des individus et de la société. Sans faire preuve d'un conservatisme borné, je pense que vouloir associer des niveaux sociaux trop distincts est une fausse politique sociale. En effet, lorsqu'on conçoit un ensemble, il ne s'agit pas et il ne peut s'agir de créer une ville complète. La ville complète, c'est l'agglomération dans sa totalité; dans notre cas Genève. L'expression de «cité sans âme», fréquemment appliquée à des grands ensembles comme ceux de la région parisienne par exemple, est souvent utilisée à propos de Meyrin. Je ne crois pas que ce soient des cités sans âmes, simplement elles empruntent la leur à l'agglomération principale; l'âme de la Cité de Meyrin est celle de Genève. Sans doute serait-il plus sympathique d'avoir une âme sociale qui soit celle d'un petit coin de terre, mais nous n'y pouvons rien changer.

Ceci m'amène à une cinquième réflexion: celle des rapports entre la Cité et le village dans le cas de Meyrin, c'est-à-dire, plus généralement, des rapports entre le grand ensemble et le milieu préexistant. Question qui suscite des problèmes psychologiques très difficiles. D'un côté, méfiance des anciens habitants et une certaine jalousie vis-à-vis de ceux qui ont pu profiter sur le plan matériel de l'implantation du grand ensemble, de l'autre, ignorance totale et désintéressement des problèmes locaux. Un fossé existe, et je ne crois pas qu'il soit possible, du moins à court terme, d'imaginer une assimilation entre l'ancienne agglomération et le nouvel ensemble. Il faut donc s'efforcer de trouver des solutions autres que l'assimilation, tant sur le plan général, psychologique, que sur le plan religieux ou politique.

Enfin, et avant de passer à quelques suggestions, je crois nécessaire de distinguer deux types de prolongements à l'habitat. Les prolongements à but lucratif: commerces, loisirs payants tels que les cinémas, les restaurants, les salons de jeux, etc., déterminés par une rentabilité financière. Les habitants n'ont évidemment aucune pression collective possible sur de tels aménagements, sinon par la demande qu'ils constituent. Nous rejoignons ici les remarques que je formulais à propos de l'homogénéité sociale. Il y a ensuite, les prolongements à but social au sens large. Eux aussi sont déterminés par une rentabilité, mais d'un autre ordre, social; ils sont engendrés par des besoins particuliers et leur responsabilité incombe à des hommes ou à des groupes différents.

J'en viens maintenant à quelques suggestions qui sont en somme l'aboutissement de ces propos. La première a trait au choix de l'équipement, c'est-à-dire à l'élaboration du programme. Ce choix n'est pas une simple option entre diverses solutions – piscine ou bibliothèque par exemple – mais me semble avoir une valeur en soi. Il est une fonction, il doit contribuer à une prise de conscience collective des habitants, et par là même devenir un facteur de participation. Cette prise de conscience et cette participation active peuvent créer une solidarité, faire apparaître ce sens de la communauté, en définitive ce sens humain et social qui fera que le grand ensemble n'est pas uniquement un dortoir. Le problème fonctionnel du choix est essentiel, en particulier pour les femmes qui vivent toute la journée dans ce milieu, mais aussi pour les hommes qui, à leur retour, ont besoin d'un cadre, et je dirais d'une direction à leur réflexion et à leurs pensées.

Il importe dès lors que la possibilité soit donnée aux habitants d'avoir part au choix, à la décision sur les aménagements. Je pense même, en fait, que cette décision, pour l'essentiel, leur appartient, compte tenu des possibilitées financières dont ils doivent être informés, et qu'ils doivent être en état de discuter avec les autorités compétentes.

Autre suggestion, qui est le prolongement de la précédente: cet effort serait incomplet s'il n'était suivi d'une participation à la géstion desdits aménagements. Les habitants pourraient même, à certaines conditions, assurer plus ou moins complètement cette gestion. Ici se pose évidemment le problème de la disponibilité et de la compétence que je signalais tout à l'heure. Il faudrait disposer d'un ou de plusieurs animateurs salariés, choisis en accord avec les habitants par l'intermédiaire de leur organisme, c'est-à-dire de leur association. Une telle association est nécessaire. Il appartient donc – à qui, je ne saurais répondre, je pense, en fin de compte, à la société dans son ensemble et aux personnes responsables au sein de cette société à quelque titre que ce soit –, il appartient discrètement de susciter la création de telles associations dans un but positif, c'est-à-dire non pas simplement pour présenter des revendications ou défendre des intérêts, mais pour créer et promouvoir. Une question assez grave, celle des responsabilités financières et du contrôle, est ainsi posée. Normalement et traditionnellement, par le jeu de nos institutions, de nos habitudes ancestrales, ces responsabilités financières et de gestion sont confiées à la Commune et à l'Etat, dans une répartition qui d'ailleurs peut susciter des difficultés. Or, la commune a-t-elle toujours les ressources matérielles et surtout les ressources humaines pour aborder subitement des responsabilités de cet ordre? L'autorité communale traditionnelle et préexistente est-elle compétente pour assumer des tâches qui lui incombent brutalement? Cela peut arriver par chance, ce n'est pas toujours le cas et de toute façon pas nécessairement.

Ainsi, les grands ensembles peuvent courir de graves dangers et je ne crois pas qu'ils y échappent toujours. A mon avis, dans ce dialogue entre les habitants – qui ont droit et qui doivent participer à la gestion de leur ensemble – et l'autorité, seul l'Etat peut être le véritable interlocuteur. Il faudrait admettre une intervention directe de l'Etat et de ses services dans l'organisation et dans la gestion, en rapport et en collaboration directs avec les habitants, sans passer par l'échelon communal. Le grand ensemble devrait être en somme détaché de la commune sur le territoire de laquelle il se trouve. Cette solution aurait l'avantage d'éviter des conflits de compétence entre l'Etat et la Commune, qui constituent des pertes de temps, d'argent et d'énergie continuelles.

Dès lors, l'organe représentatif, au sens juridique comme sur le plan de la réalité concrète, devrait être constitué par l'association des habitants. Celle-ci permettrait d'intégrer les étrangers à la vie publique locale, ce qui serait particulièrement souhaitable dans un cas comme celui de Meyrin; elle permettrait en tout cas un grand élargissement du cadre d'autorité. Sans doute, toutes ces suggestions boulversent-elles l'ordre établi. Mais aujourd'hui, l'ordre traditionnel est de toute façon bouleversé par les situations nouvelles que la société crée sans cesse et auxquelles nous devons bien nous adapter. Au lieu de se scléroser, institutions et traditions doivent s'adapter avec réalisme, efficacité et libéralisme. Du point de vue de l'historien, je pense qu'une telle adaptation va dans le sens même de l'histoire. Celle-ci est contraignante, ce que nous n'acceptons pas aujourd'hui, nous sera imposé demain.

Désirer une participation, en quelque sorte politique, des habitants d'un grand ensemble – y compris des étrangers – est certainement utopique dans la société présente. Mais je pense que l'histoire s'est faite à travers de telles utopies et grâce à l'imagination des hommes.

Jean-François Bergier